

Presseinformation

Nr. 23

Wiesbaden, 20. Februar 2018

2. Hessische Regionalbankenkonferenz: Verantwortung und Vielfalt – stabile Regionalbanken für Europa

Finanzminister Dr. Thomas Schäfer: „Die Bankenregulierung muss verhältnismäßig und wettbewerbsfreundlich gestaltet sein.“

Die Hessische Landesregierung setzt sich auch in Brüssel für die Belange regionaler Banken wie Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken ein. Anlässlich der 2. Hessischen Regionalbankenkonferenz hat **Hessens Finanzminister Dr. Thomas Schäfer** gemeinsam mit **Europaministerin Lucia Puttrich**, dem **Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Schleweis**, dem **Vorstandsmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Gerhard Hofmann**, dem **Geschäftsführenden Präsidenten des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, Gerhard Grandke**, sowie dem **Vorstandsvorsitzenden der Helaba, Herbert Hans Grüntker**, Vertreter der EU-Institutionen (Rat, Parlament, Kommission), regionaler Geldinstitute sowie weitere Interessierte in die Hessische Landesvertretung in Brüssel eingeladen. Auch viele Vertreter hessischer Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind angereist.

Die zweitägige Konferenz steht unter dem Motto „Verantwortung und Vielfalt – stabile Regionalbanken für Europa“. Als hochkarätige Experten gehören **Günther H. Oettinger**, **EU-Kommissar für Haushalt und Personal**, sowie **Dr. Andreas Dombret**, **Mitglied des**

Vorstands der Deutschen Bundesbank, zu den Rednern. Heute stand bereits eine spannende Podiumsdiskussion mit Experten und Entscheidern auf dem Programm.

Ein zentrales Thema der Konferenz: die Bankenregulierung. **Hessens Finanzminister Dr. Thomas Schäfer** eröffnete heute die Konferenz und hielt einen Vortrag über die „Unverhältnismäßige Regulierung – Was heißt das für Regionalbanken?“

„Die Frage nach einer angemessenen Regulierung von Kreditinstituten ist ein Dauerthema. Schon länger wird gefordert, die Vorschriften auf ihre Verhältnismäßigkeit und ihre tatsächlichen Auswirkungen gerade auf kleinere und mittlere Institute hin zu überprüfen. Tatsächlich mehren sich nun die Anzeichen, dass es endlich vorwärts geht: Es liegen verschiedene Vorschläge auf dem Tisch. Das zeigt zum einen, dass das Problem endlich angegangen werden soll. Es zeigt aber auch, dass es sehr unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, welchen Kreditinstituten Erleichterungen zugutekommen sollen – auch wenn es viele Schnittmengen gibt. Der kleinste gemeinsame Nenner ist aber sicherlich der falsche Weg“, sagte der Finanzminister in seiner Begrüßungsrede und machte zudem deutlich: „Der Begriff der Verhältnismäßigkeit muss endlich ernst genommen werden. Es reicht nicht, wenn im Meldewesen eine Meldung nicht ganz so detailgenau ausfallen muss. Das Ergebnis muss sein, dass kleinere und mittlere Banken im Verhältnis nicht stärker belastet sind als große. Und das nicht nur auf dem Papier, sondern spürbar im täglichen Geschäft.“ Dieser Maßstab sei der entscheidende, unabhängig davon, welcher Vorschlag sich letztlich durchsetze. Schäfer betonte: „Ich werde mich weiter dafür einsetzen, dass die Regulierung von Banken nicht nur mit Ziel, sondern auch mit Maß betrieben wird.“

Weiterhin befasste sich **Finanzminister Dr. Thomas Schäfer** mit den jüngsten Vorschlägen der EU-Kommission zur Ausrichtung der Europäischen Aufsichtsbehörden (ESAs), also der Europäischen Banken-, Wertpapier- und der Versicherungsaufsicht. „Die Vorschläge der EU-Kommission zielen auf eine ‚Aufsicht über die Aufsicht‘. Konkret heißt das: Die nationalen Aufseher sollen mehr oder weniger zum verlängerten Arm der ESAs werden. Damit gehen die Vorschläge in die falsche Richtung. Sinnvoll ist das Gegenteil: Der Einfluss der Mitgliedstaaten muss gestärkt werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass nationale Besonderheiten bei der Aufsicht vor Ort sachgerecht und angemessen berücksichtigt werden.“ Auch die Vorschläge zur Neuregelung der Finanzierung sieht Schäfer kritisch. Würden die Vorschläge umgesetzt, könne die Finanzierung in keiner Weise durch die nationalen Aufseher kontrolliert werden.

Die wieder aktuelle Diskussion um eine gemeinsame Einlagensicherung der Euro-Mitgliedsstaaten kommentierte **Finanzminister Schäfer** kritisch: „Auch die im vergangenen Herbst veröffentlichten modifizierten Pläne berücksichtigen nicht, dass Voraussetzung für weitere Überlegungen über eine gemeinschaftliche Einlagensicherung der Abbau von Risiken sein muss. Risikoteilung vor Risikominderung ist kontraproduktiv.“ Denn dies würde falsche Anreize für die Länder schaffen, die ihre Hausaufgaben bei der Verringerung von Bankenrisiken nicht gemacht hätten. Das Vertrauen der deutschen Sparer in die Sicherheit ihrer Spareinlagen und in die hiesigen Banken dürfe nicht leichtfertig durch eine voreilige politische Zustimmung zu den Plänen für eine EU-

Einlagensicherung aufs Spiel gesetzt werden. Schließlich bedeute ein gemeinschaftliches Sicherungssystem, dass im Krisenfall alle Sparer in der Eurozone betroffen seien. „Risikominderung heißt: Risiken abbauen und Risikoursachen effektiv entgegenwirken. Zusammen mit mehr Verhältnismäßigkeit muss das jetzt die gemeinsame Priorität sein“, so der Finanzminister zum Abschluss.

Dr. Andreas Dombret, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, sagte bei der Regionalbankenkonferenz: „Wenn wir auch weiterhin ein vielfältige Volkswirtschaft und ein differenziertes Bankensystem wollen – dann müssen wir an die teils zu komplex gewordene Bankenregulierung ran. Kleine Banken und Sparkassen dürfen keine unverhältnismäßigen, aufsichtlichen Steine in den Weg gelegt bekommen. Es liegt nun am Europäischen Parlament, am Ministerrat und an der Kommission, substantielle Verbesserungen einzuführen.“

Herbert Hans Grüntker, Vorstandsvorsitzender der Helaba Landesbank Hessen-Thüringen, erklärte in der Hessischen Landesvertretung: „Jede Volkswirtschaft hat das Bankensystem, das zu ihr passt. Für Deutschland heißt das: Entsprechend der mittelständisch und dezentral geprägten Wirtschaft hat sich ein sehr erfolgreiches, dezentrales und nachhaltiges Bankensystem entwickelt, das nah an seinen Kunden in der Region ist. Um alle Bedarfe der Wirtschaft abzudecken, gehören dazu immer auch größere Institute, die zentrale Aufgaben übernehmen können. Auf dieser soliden Basis steht das deutsche Finanzwesen der Wirtschaft als stabiler Partner zur Seite. Zwingende Voraussetzung für den langfristigen Erfolg dieses vorbildhaften Bankensystems ist die Anerkennung verschiedener Systeme mit entsprechender regulatorischer Flexibilität auf europäischer Ebene.“

Helmut Schleweis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, betonte in Brüssel: „Wir sind für ein Höchstmaß an Sicherheit für alle Sparerinnen und Sparer in Europa. Insofern teilen wir auch die im Koalitionsvertrag niedergeschriebene Auffassung, dass Risiko und Haftung nicht getrennt werden dürfen. Eine vergemeinschaftete europäische Einlagensicherung würde dieses Prinzip verletzen. Der beste Schutz für alle Sparerinnen und Sparer in Europa ist es, die vereinbarten gemeinsamen europäischen Standards in den nationalen Einlagensicherungssystemen umzusetzen und nicht Haftungsverantwortung in einem vergemeinschafteten System in Brüssel zu vermischen.“

„Genossenschaftsbanken verbinden Digitalisierung und geographische Nähe zum Kunden durch Präsenz in der Fläche. Sie leisten einen strukturellen Beitrag zur Vielfalt und Diversifikation im Bankensystem, damit auch zu dessen Stabilität. Es kann kein Ziel der staatlichen Regulierung sein, die Zahl stabiler Banken in einem Land verringern zu wollen“, betont **Gerhard Hofmann, Vorstand des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), der zugleich Präsident der Europäischen Vereinigung der Genossenschaftsbanken (EACB) ist**. „Die anhaltende Regelflut in der Europäischen Union läuft Gefahr, dass eine Reihe kleiner und mittlerer Banken ihre Präsenz in der Fläche aufgrund der steigenden administrativen Belastungen nicht mehr aufrechterhalten können. Mehr Proportionalität in der Bankenregulierung und -aufsicht

ist daher unverzichtbar. Wir begrüßen es, dass der vorliegende Berichtsentwurf des Europaabgeordneten Peter Simon zur Überarbeitung der europäischen Bankenverordnung und Bankenrichtlinie Vorschläge für mehr Effizienz und Proportionalität in der Bankenregulierung umfasst“, so Hofmann.

Gerhard Grandke, Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, sagte bei der 2. Hessischen Regionalbankenkonferenz: „Wir finden es gut, dass das Thema der Verhältnismäßigkeit jetzt auch in Europa endlich wieder auf der Agenda steht. Wir brauchen in Deutschland weiterhin einen diversifizierten Bankenmarkt mit starken regionalen Instituten, denen auch regulatorisch Luft zum Atmen gelassen wird. Regionalbanken wie die Sparkassen sind gut für die deutsche Wirtschaft und damit auch für den Europäischen Wirtschaftsraum.“
